



Reglement über die Wasserversorgung (Wasserreglement)

vom 01.10.2023

Die in diesem Reglement verwendeten Funktionsbezeichnungen gelten in gleicher Weise für alle Geschlechter.

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Etziken, gestützt auf:

- § 56 Abs. 1 lit. a des Gemeindegesetzes vom 16.02.1992,
- § 118 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 03.12.1978,
- § 98 Abs. 2 und § 109 Abs. 2 des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) vom 04.03.2009,

beschliesst:

Abkürzungen

EN Euronorm

GSchG Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24.01.1991, SR 814.20

GWBA kantonales Gesetz über Wasser, Boden und Abfall vom 04.03.2009
(BGS 712.15)

GWP Generelle Wasserversorgungsplanung

LU Belastungswert (Loading Unit)

PBG kantonales Planungs- und Baugesetz vom 03.12.1978, BGS 711.1

RWP Regionaler Wasserversorgungsplan

SVGW Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches

VWBA kantonale Verordnung über Wasser, Boden und Abfall vom 22.12.2009,
BGS 712.16

1. Allgemeine Aufgaben	4
Gemeindeaufgaben	4
Zuständigkeiten Gemeinde.....	4
Zuständigkeiten Kanton.....	4
Erschliessung- und Anschlusspflicht.....	5
Kataster.....	5
Technische Vorschriften.....	5
Abtretungs- und Duldungspflicht.....	5
2. Öffentliche Anlagen	5
Definition öffentliche Wasserversorgungsanlage	5
Hydrantenanlagen	5
Wasserzähler	6
Haftung.....	6
3. Private Anlagen	6
Definition private Wasserversorgungsanlage	6
Übernahme von privaten Erschliessungsanlagen durch die Gemeinde	7
Technische Anforderungen, Bewilligungen, Meldepflichten.....	7
Hausanschlussleitungen.....	7
Hausinstallationen.....	8
Baukontrolle.....	8
Ende des Wasserbezuges, Nullverbrauch, Abtrennung	9
Haftung.....	9
4. Wasserabgabe	9
Wasserabgabe, -menge und qualität	9
Einschränkung der Wasserabgabe.....	9
5. Löschwasserversorgung	10
Löschwasser	10
6. Schluss- und Übergangsbestimmungen.....	10
Strafbestimmung.....	10
Rechtsschutz	10
Finanzierung	10
Inkrafttreten	10
7. Genehmigungsindex.....	11

1. Allgemeine Aufgaben

§ 1

Gemeindeauf-
gaben

- ¹ Die Gemeinde Etziken ist Aktionärin der Primärversorgerin Wasserversorgung Waseramt AG (WaWa AG; CHE-373.300.617; vgl. RRB Nr. 2022/167 vom 22. Februar 2022) und organisiert und überwacht auf dem gesamten Gemeindegebiet die Versorgung mit ausreichendem und qualitativ einwandfreiem Trink-, Brauch- und Löschwasser.
- ² Sie erfüllt die Aufgaben der Trinkwasserversorgung auch in Notlagen.
- ³ Sie projiziert, erstellt, betreibt, unterhält und erneuert die öffentlichen Wasserversorgungs- und Hydrantenanlagen, die für die Gewinnung, Aufbereitung, Speicherung und Verteilung des Trink-, Brauch- und Löschwassers erforderlich sind.
- ⁴ Die Gemeinde scheidet zum Schutz ihrer Trinkwasserfassungen die erforderlichen Schutzzonen aus (§ 83 Abs. 2 GWBA i.V.m. Art. 20 GschG). Das Verfahren richtet sich nach dem PBG (vgl. §§ 36, 15 ff. PBG).
- ⁵ Sie bewilligt und kontrolliert die privaten Wasserversorgungsanlagen und erlässt die notwendigen Verfügungen gegenüber den Grundeigentümern / Baurechtsnehmern zur Behebung von baulichen oder betrieblichen Mängeln.
- ⁶ Alle Träger der Wasserversorgung arbeiten beim Schutz der Trinkwasserressourcen mit dem Kanton und den Nachbargemeinden zusammen. Die Gemeinde unterstützt den Kanton bei der Sicherstellung einwandfreier Trinkwasserressourcen.

§ 2

Zuständigkeiten
Gemeinde

- ¹ Unter der Aufsicht des Gemeinderates obliegt die Durchführung und Überwachung der Wasserversorgung der örtlichen Baubehörde.
- ² Die örtliche Baubehörde ist zuständig für alle Aufgaben, die sich aus dem Bau, Betrieb und Unterhalt von Wasserversorgungsanlagen ergeben, insbesondere für:
 - a) die Prüfung der Gesuche für private Hausanschlüsse und -installationen und die Ausarbeitung der für die Wasserversorgung notwendigen Bewilligungen im Rahmen der Bewilligungsbefugnis (Zuständigkeit) der Gemeinde;
 - b) den Erlass von Verfügungen (insbesondere Anschlussverfügungen und Verfügungen zur Beseitigung vorschriftswidriger Anlagen bzw. zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands).

§ 3

Zuständigkeiten
Kanton

Das Departement ist insbesondere zuständig für:

- a) die Erarbeitung von Regionalen Wasserversorgungsplänen (RWP);
- b) den Vollzug der Trinkwasserversorgung in Notlagen nach Bundesrecht;
- c) die Überwachung der Trinkwasserwasserqualität;
- d) die Durchsetzung der durch die Gemeinden zu erfüllenden Aufgaben in der Wasserversorgung;
- e) die gewässerschutzrechtliche Bewilligung von Grundwasserfassungen;
- f) die Aufsicht über den Vollzug der massgeblichen Bundesvorschriften.

Erschliessung- und Anschlusspflicht	§ 4 1 Die Erschliessung richtet sich nach den Vorschriften des PBG und im Speziellen nach den Nutzungsplänen der Gemeinde (§ 99 PBG). 2 Die Erschliessungspflicht für die Gemeinde besteht für die rechtsgültig ausgeschiedene Bauzone. Die Gemeinden können die Erschliessung von Liegenschaften ausserhalb der Bauzonen in ihren Erschliessungsplänen vorsehen, soweit dies zumutbar und zweckmässig ist. Die Begünstigten haben die Planungs- und Baukosten zu übernehmen. Entsprechend dem öffentlichen Interesse kann die Gemeinde Beiträge gewähren. 3 Die Gemeinde erstellt die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen gemäss dem Erschliessungsplan GWP. 4 Die Anschlusspflicht für Grundeigentümer von Bauten mit Wasserbedarf richtet sich nach den Vorschriften des PBG und des GWBA (§ 102 PBG und § 114 GWBA).
Kataster	§ 5 1 Die Gemeinde erstellt über die gesamten bestehenden öffentlichen und privaten Wasserversorgungsanlagen gemäss § 6 und § 7 dieses Reglements einen Kataster (§ 111 GWBA) und führt diesen laufend nach. Ausgenommen sind Hausinstalltionen und Wasserzähler. Für diese Arbeiten beauftragt die Gemeinde ein Ingenieurbüro als Kastasterstelle. 2 Die Nachführung des Katasters inklusive Einmessen der Leitungen wird in der Regel im ordentlichen Baubewilligungsverfahren verfügt, soweit private Wasserversorgungsanlagen tangiert sind. Die Arbeiten werden von der Katasterstelle gemäss Abs. 1 ausgeführt. Die Finanzierung erfolgt über die Anschlussgebühren.
Technische Vorschriften	§ 6 1 Die Wasserversorgungsanlagen sind nach den gesamtschweizerischen Normen und Richtlinien der Fachverbände zu planen, auszuführen, zu betreiben und zu unterhalten. 2 Wo gesamtschweizerische Normen und Richtlinien fehlen, sind die EN-Regelwerke massgeblich.
Abtretungs- und Duldungspflicht	§ 7 1 Die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer haben Erschliessungs- und Hydrantenanlagen auf ihrem Grund nach § 104 PBG zu dulden. Das in den Erschliessungsplänen für öffentliche Anlagen bestimmte Land haben sie an das Gemeindewesen abzutreten (§ 42 Abs. 1 PBG). 2 Die Begründung von Durchleitungsrechten für Hausanschlüsse und die Regelung der Kostentragung ist vorbehalten § 104 Abs. 1 PBG Sache der Grundeigentümer.
2. Öffentliche Anlagen	
Definition öffentliche Wasserversorgungsanlage	§ 8 1 Zu den öffentlichen Wasserversorgungsanlagen gehören die im Erschliessungsplan GWP als öffentliche Wasserversorgungsanlagen bezeichneten Anlagen. 2 Zu den öffentlichen Anlagen gehören insbesondere auch Absperrschieber für Hausanschlussleitungen und Wasserzähler. 3 Die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen sind im Eigentum der Gemeinde.
Hydrantenanlagen	§ 9 1 Die Hydrantenanlagen müssen jederzeit uneingeschränkt zugänglich sein.

- 2 Wird durch eine veränderte Nutzung eines Grundstückes die Verlegung eines Hydranten notwendig, so gehen die Kosten für die Verlegung zulasten des Verursachers.
- 3 Das Öffnen sowie das Entlüften und Entleeren der Hydranten und das Umstellen von Schiebern ist Unbefugten verboten.
- 4 Der Wasserbezug ab einem Hydranten ist nur mit einer entsprechenden Bewilligung zulässig und es werden hierfür Gebühren erhoben.

§ 10

Wasserzähler

- 1 Pro Hausanschluss baut die Gemeinde einen Wasserzähler (Hauptzähler) ein, welcher im Eigentum der Gemeinde verbleibt.
- 2 Weitere Zähler, sogenannte Nebenzähler zur Messung von Teilverbräuchen nach dem Hauptzähler, können die Grundeigentümer auf eigene Kosten einbauen lassen und betreiben.
- 3 Die Gemeinde bestimmt den Standort des Einbaus des Wasserzählers unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Grundeigentümer / des Baurechtsnehmers. Der Platz für den Einbau ist unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und muss jederzeit zugänglich sein.
- 4 Die Gemeinde installiert die Wasserzähler auf eigene Kosten, unterhält und erneuert sie.
- 5 Anpassungen an den Wasserzählern dürfen nur von der Gemeinde vorgenommen werden.
- 6 Das Anbringen von Abzweigungen und Entnahmestellen vor dem Wasserzähler ist untersagt. Die Gemeinde kann auf ein entsprechendes Gesuch hin Ausnahmen bewilligen.
- 7 Die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer haften für die Kosten allfälliger Reparaturen an Zählern, die infolge Beschädigung nötig werden, auch wenn diese durch Dritte oder äussere Einflüsse verursacht werden.
- 8 Die Gemeinde ersetzt die Wasserzähler periodisch auf ihre Kosten.
- 9 Störungen sind der Gemeinde sofort zu melden.
- 10 Die Grundeigentümer können jederzeit eine Prüfung ihres Wasserzählers bei einer anerkannten Stelle verlangen. Liegt die Messgenauigkeit ausserhalb der zulässigen Toleranz, übernimmt die Gemeinde die Prüfungs- und allfällige Reparaturkosten. Ansonsten haben die Grundeigentümer die Prüfungskosten zu tragen.

§ 11

Haftung

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die trotz ordnungsgemässer Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen durch diese verursacht werden.

3. Private Anlagen

§ 12

Definition private Wasserversorgungsanlage

Zu den privaten Wasserversorgungsanlagen gehören folgende Anlagen:

- a) Hausanschlussleitungen, die einer oder wenigen Bauten oder Wohneinheiten dienen (§ 103 PBG);
- b) Hausinstallationen; sie umfassen alle Leitungen und Einrichtungen im Gebäudennern im Anschluss an den Wasserzähler.

Übernahme von privaten Erschliessungsanlagen durch die Gemeinde

§ 13

Private Wasserversorgungsanlagen, die im Erschliessungsplan GWP als öffentliche Anlagen ausgewiesen werden, sind durch die Gemeinde innert 15 Jahren zu übernehmen und soweit erforderlich auszubauen (§ 105 PBG).

Technische Anforderungen, Bewilligungen, Meldepflichten

§ 14

- ¹ Hausanschlussleitungen und Hausinstallationen dürfen nur von Personen erstellt, erweitert, erneuert und verändert werden, die über eine persönliche, nicht übertragbare Bewilligung der Gemeinde verfügen oder im zentralen Register der Installationsberechtigten des SVGW eingetragen sind. Die Liste der Bewilligungsinhaber kann bei der Gemeinde jederzeit bezogen werden. Wartungsarbeiten und das Auswechseln von ungefährlichen Apparaten und Armaturen ohne Zunahme der Belastungswerte sind bewilligungsfrei.
- ² Zwischen einem System für die Nutzung von Brauchwasser, das keine Trinkwasserqualität aufzuweisen hat (Eigen-, Regen- oder Grauwasser), und den öffentlichen Wasserversorgungsanlagen darf keine direkte Verbindung bestehen.
- ³ Die Systeme gemäss Abs. 2 müssen durch Kennzeichnung klar und eindeutig voneinander unterschieden werden können.
- ⁴ In Ausnahmefällen kann die Gemeinde eine Verbindung gestatten. Diese ist mit einer vorschriftsgemässen Netztrennung (Systemtrenngerät oder freier Auslauf) gemäss Richtlinie W3 des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW) zu versehen.
- ⁵ Für jeden Neuanschluss, jede Erweiterung oder Änderung des Wasseranschlusses ist der Gemeinde ein Gesuch zu stellen. Das Gesuch ist schriftlich mittels Formular «Wasseranschlussgesuch» einzureichen. Vor der Erteilung der Bewilligung an die Grundeigentümer darf mit den Installationsarbeiten nicht begonnen werden.
- ⁶ Jede wesentliche Änderung eines bewilligten Projekts bedarf der vorherigen Zustimmung der Gemeinde.
- ⁷ Eine Bewilligung der Gemeinde ist insbesondere erforderlich für:
 - a) die Einrichtung oder Anpassung von Löschposten, Sprinkler-, Bewässerungs-, Prozesswasser-, Kühl-, Klimaanlage und dergleichen;
 - b) vorübergehende Wasserbezüge und Wasserentnahmen ab Hydranten;
 - c) die Wasserabgabe oder -ableitung an Dritte (mit Ausnahme bei Miet- und Pachtverhältnissen);
 - d) die Nutzung von Eigen-, Regen- und Grauwasser.
- ⁸ Eine Erhöhung des Belastungswerts (LU) etwa durch Neuinstallationen oder Erweiterungen von Hausinstallationen ist durch die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer der Gemeinde zu melden.
- ⁹ Mängel an privaten Anlagen sind durch die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer umgehend der Gemeinde zu melden und auf eigene Kosten beheben zu lassen. Bei Säumnis kann die Baubehörde die Behebung auf Kosten der Grundeigentümer verfügen (§ 103 Abs. 2 PBG), wobei in dringenden Fällen die Anordnung umgehend (ohne vorgängige Verfügung) erfolgen kann.

§ 15

Hausanschlussleitungen

- ¹ Direkt am Abgang von der öffentlichen Wasserleitung ist die Hausanschlussleitung mit einem Absperrschieber zu versehen. Der Absperrschieber darf nur von der Gemeinde bedient werden.

- ² Bei Gruppenzuleitungen dürfen nicht mehr als zwei Gebäude ohne eigenen Absperrschieber angeschlossen werden.
- ³ Die Kosten der Hausanschlussleitung samt Absperrschieber (nur Ersteinbau) und T-Stück sind von den Grundeigentümern / Baurechtsnehmern zu tragen.
- ⁴ Die Baubehörde bestimmt im Bewilligungsverfahren die Nennweite, die Werkstoffart und die Leitungsführung der Hausanschlussleitung sowie den Standort und Typ des Absperrschiebers. Die Wünsche der Grundeigentümer / Baurechtsnehmer sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen.
- ⁵ Die Erdung von elektrischen Anlagen ist Sache des Anlageninhabers. Der Anschluss von Erdungsanlagen an das Wasserleitungsnetz ist verboten. Bei einer bestehenden Erdungsanlage via Wasserleitungsnetz ist dies bei Ersatz, Teilersatz oder Reparatur des Hausanschlusses auf Kosten des Anlageinhabers durch eine Erdung getrennt vom Wasserleitungsnetz zu ersetzen.
- ⁶ Die Kosten für die Erstellung und Sanierung der Hausanschlüsse sind von den Grundeigentümern / Baurechtsnehmern zu tragen. Kosten für Anpassungen bestehender Hausanschlüsse, die aufgrund Aufhebung oder Verlegung öffentlicher Leitungen erforderlich sind, trägt die Gemeinde.

§ 16

Hausinstalla-
tionen

Die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer tragen die Kosten für Anpassungen an ihren Hausinstallationen, die aufgrund veränderter technischer Randbedingungen erforderlich sind.

§ 17

Baukontrolle

- ¹ Der Baubehörde ist der Beginn und die Beendigung der Bau- und anderen Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen rechtzeitig zu melden, so dass die Kontrollen wirksam ausgeübt werden können.
- ² Die Gemeinde und die von ihr ermächtigten Personen haben nach Voranmeldung freien Zutritt zu allen Anlagen und Einrichtungen, die der Wasserversorgung dienen.
- ³ Die Gemeinde / Baubehörde prüft die Installationen, übernimmt jedoch im Weiteren keine Gewähr für die Arbeiten des Installateurs.
- ⁴ Die privaten Anlagen und Einrichtungen sind vor dem Eindecken und vor der Schlusskontrolle zum Einmessen und Aufnehmen in den Werkkataster sowie zur Abnahme durch die zuständige Stelle unaufgefordert zu melden.
- ⁵ Vor dem Eindecken sind die Hausanschlussleitungen unter Aufsicht der Gemeinde einer Druckprobe zu unterziehen.
- ⁶ Ohne Bewilligung erstellte Installationen bedürfen einer nachträglichen Baubewilligung und werden im Rahmen einer kostenpflichtigen Installationskontrolle überprüft. Die Baubehörde ist befugt, nach vorgängiger Anhörung die Beseitigung oder Verbesserung von widerrechtlich oder mangelhaft erstellten bzw. unterhaltenen Installationen auf Kosten der Grundeigentümer / Baurechtsnehmer zu verfügen.
- ⁷ Die Pläne des ausgeführten Werkes der Hausanschlussleitung sind innert drei Monaten ab Fertigstellung des Werkes der Baubehörde auszuhändigen.
- ⁸ Wer durch Pflichtversäumnisse Mehrkosten verursacht, hat diese zu tragen.
- ⁹ Der Gemeinde sind nebst den Gebühren auch die erforderlichen Auslagen im Zusammenhang mit ihren Vollzugshandlungen zu erstatten.

- § 18**
- Ende des Wasserbezuges, Nullverbrauch, Abtrennung
- ¹ Wer für sein Gebäude oder seine Anlage kein Trinkwasser mehr benötigt, hat dies der Gemeinde drei Monate im Voraus mitzuteilen.
 - ² Auch wenn für die eigene Baute oder Anlage kein Trinkwasser mehr benötigt und/oder kein Wasser mehr bezogen wird, dauert die Gebührenpflicht für das Trinkwasser mindestens bis zum Zeitpunkt der Abtrennung des Anschlusses durch die Gemeinde.
 - ³ Die Abtrennung erfolgt auf Antrag des bisherigen Grundeigentümers / Baurechtsnehmers oder von Amtes wegen durch die Gemeinde.
 - ⁴ Die Kosten für die Abtrennung des Hausanschlusses sind von den Grundeigentümern / Baurechtsnehmern zu tragen.
 - ⁵ Ungenutzte Anschlussleitungen werden von der Gemeinde zulasten der jeweiligen Grundeigentümer / Baurechtsnehmer an der Hauptleitung abgetrennt, sofern nicht eine Wiederverwendung innert zwölf Monaten zugesichert oder die Anschlussleitung regelmässig ausreichend gespült wird.

- § 19**
- Haftung
- Der Grundeigentümer oder Baurechtsnehmer haftet für alle Schäden, die durch seine privaten Wasserversorgungsanlagen verursacht werden, auch wenn diese von der Gemeinde abgenommen worden sind.

4. Wasserabgabe

- § 20**
- Wasserabgabe, -menge und -qualität
- Die Gemeinde ist nicht verpflichtet:
- a) besonderen Anforderungen an die Wasserqualität oder spezifischen technischen Bedingungen Rechnung zu tragen (z.B. Wasserhärte, Temperatur, besondere Druckanforderungen, etc.);
 - b) einzelnen Grundeigentümern grössere Brauchwassermengen abzugeben, wenn dies mit Aufwendungen verbunden ist, die von allen übrigen Grundeigentümern getragen werden müssen.

- § 21**
- Einschränkung der Wasserabgabe
- ¹ Die Gemeinde kann die Wasserabgabe vorübergehend entschädigungslos einschränken oder unterbrechen:
 - a) bei Wasserknappheit;
 - b) für Bau-, Unterhalts- und Reparaturarbeiten an den Leitungen und Anlagen;
 - c) bei Betriebsstörungen;
 - d) in Fällen von höherer Gewalt;
 - e) in Notlagen und im Brandfall sowie bei behördlich angeordneten Massnahmen.
 - ² Voraussehbare Einschränkungen oder Unterbrüche sind rechtzeitig anzukünden.
 - ³ Die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer haben keinen Anspruch auf Ersatz von unmittelbaren oder mittelbaren Schäden (wie Produktions- bzw. Nutzungsausfall, entgangener Gewinn oder andere Vermögensschäden), die ihnen aus der Einschränkung oder Unterbrechung der Wasserlieferung in irgendwelcher Art und Grösse erwachsen.

5. Löschwasserversorgung

§ 22

Löschwasser

- ¹ Die Verursachenden tragen die Mehrkosten gegenüber dem konformen Hydrantenlöschschutz (z. B. Mehrdimensionierung der Leitungen für Sprinkleranlagen, grössere Löschreserven oder zusätzliche Hydranten). Dasselbe gilt auch für Erneuerungskosten.
- ² Im Brandfall und für Übungszwecke stehen der Feuerwehr alle dem Löschschutz dienenden öffentlichen Anlagen unentgeltlich zur Verfügung.

6. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 23

Strafbestimmung

- ¹ Wer diesem Reglement zuwiderhandelt, wird gemäss § 153 PBG mit Haft oder Busse bestraft.
- ² Vorbehalten bleibt die Anwendung der übrigen Strafbestimmungen des kantonalen oder eidgenössischen Rechts.

§ 24

Rechtsschutz

Soweit nichts anderes bestimmt ist, kann gegen Verfügungen der Baubehörde, die sich auf dieses Reglement abstützen, innert 10 Tagen seit der Zustellung, schriftlich Beschwerde beim Bau- und Justizdepartement erhoben werden, wobei die Beschwerde einen Antrag und eine Begründung zu enthalten hat.

§ 25

Finanzierung

- ¹ Die Wasserversorgung der Gemeinde wird im Rechnungswesen als Spezialfinanzierung geführt, die mittelfristig ausgeglichen gestaltet werden muss. Die Gemeinde finanziert die öffentliche Wasserversorgung mit Grundeigentümerbeiträgen, Anschlussgebühren, Benützungsgebühren, allfälligen Beiträgen von Kanton und Bund und mit Beiträgen der Gebäudeversicherung.
- ² Im Weiteren gelten die Bestimmungen des kommunalen Reglements über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren und der Gebührenordnung.

§ 26

Inkrafttreten

- ¹ Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat per 01.10.2023 in Kraft.
- ² Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

Einwohnergemeinde Etziken

Gemeindepräsident

Gemeindeverwaltung

Robert Jakob

Caroline Jäggi

Genehmigt durch den Regierungsrat des Kantons Solothurn:

7. Genehmigungsindex

Beschluss GR	Beschluss GV	RR-	Inkrafttreten	Gegenstand
14.06.2023	26.06.2023	26.09.2023	01.10.2023	Totalrevision